

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes

christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: Wilh. Köhling in Düsseldorf, Corneliussstr. 66. Berichte, keine Beiträge zc. sind zunächst an den betr. Bezirksvorsteher einzupfänden. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag und kostet vierteljährlich 76 Pfg.; durch die Post bezogen 90 Pfg. Expedition und Druck von Joh. van Allen in Aachen, Poststr. 66. Fernsprech-Nr. 1338. DRUCKEREI

Nr. 30. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 28. Juli 1906. Fernsprech-Nummer 4423. 8. Jahrgang.

VI. Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Der VI. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wurde am Sonntag, den 22. Juli, abends um 7 Uhr durch eine Begrüßungsfeier, die im St. Vinzenzhaus stattfand, eröffnet. Der große Saal war durch Girlanden festlich geschmückt. Auf der Bühne hatte die reich dekorierte Kaiserbüste Aufstellung gefunden. Schon vor Beginn der Feier waren Saal und Tribünen bis zum letzten Platz gefüllt. Die Vertreter der Behörden und der christlichen Arbeitervereine waren in großer Zahl erschienen. Im Auftrag des Oberpräsidenten war Ober-Regierungsrat Schmitt von Rheine, der Regierungspräsident hatte Regierungsrat Dr. Richter entsandt. Die Stadt war durch Stadtrat Peterson vertreten. Für den Polizeipräsidenten war Regierungsrat Zopf erschienen. Der Generalsuperintendent von Niederrhein, Dr. Haupt, wohnte der Feier persönlich bei. Im Auftrage der katholischen Arbeitervereine von Stadt und Bezirk Breslau war deren Bezirkspräsident Kuratus Hoffmann, im Auftrage der evangelischen Männer- und Jünglingsvereine Konjunkturalinspektor Voigt zugegen.

Im Namen des Breslauer Ortsstellens der christlichen Gewerkschaften begrüßte in einer kurzen Ansprache der Vorsitzende der christlichen Bauhandwerker, Frau, die Versammlung und namentlich die Vertreter der Behörden. Er gab der Freude Ausdruck, daß Breslau zum Ort dieser Konferenz ausgewählt worden sei. Die christliche Arbeiterbewegung schreite in Schlesien zwar langsam, aber doch stetig vorwärts. Die Bewegung liege auf internationaler und nationaler Grundlage. Man dürfe deshalb erwarten, daß sie auch im Osten diejenige Stellung erlangen werde, die ihr zukomme. Regierungsrat Dr. Richter sprach im Namen des Regierungspräsidenten von Breslau. Der Herr Regierungspräsident wies die christlichen Gewerkschaftsbewegung fortwährend sein Interesse. Die Bewegung solle stets, wie das bisher gewesen sei, von nationalem Geiste getragen sein. Dann werde sie auch dem sozialen Frieden dienen. Der Vertreter des Polizeipräsidenten, Regierungsrat Zopf, erklärte, daß dieser überzeugt sei von den edlen und guten Absichten, von der Vaterlandsliebe und der unerschütterlichen Liebe und Treue zum Landesherren. Der Polizeipräsident werde ihren Bestrebungen, soweit sie seinen Wirkungskreis berühren, seine Unterstützung im vollen Maße zuteil werden lassen. Generalsuperintendent Dr. Haupt betonte, daß die Aufgabe, die sich die christlichen Gewerkschaften gestellt haben, eine der schwersten, aber auch eine der allerwichtigsten sei. Ein treues Mitglied dieser Gewerkschaften zu sein, dazu gehöre ein freies Mitglied und Mut. Hierzu gehörten Männer, die auf dem Boden des Christentums ständen. Wer für das Recht des Arbeiters eintrete, dem müsse die Macht der trenen und hingebenden Liebe zur Seite stehen. Durchdrungen von dieser Liebe, müßten alle zusammenarbeiten für die christliche Arbeiterbewegung. „Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen“, so schloß er, „daß Gottes Segen auf allen Ihren Arbeiten ruhe.“ Oberregierungsrat Schmitt empfänglich, der im Auftrage des Herrn Oberpräsidenten erschienen war, hob hervor, daß die wirtschaftliche Entwicklung, die Deutschland durchgemacht habe, alle Stände vor neue Aufgaben gestellt habe. Was die christlichen Gewerkschaften vor anderen Bewegungen auszeichnete, sei der Umstand, daß in unserer materiellen Aufassung hundertjährigen Zeit Hunderttausende von Personen sich fänden, die in der Arbeiterfrage neben den materiellen die ethischen und idealen Momente ins Auge faßten. Das Ziel der christlichen Gewerkschaften sei das der Ausgleiche, der Ausgleichung der widerstrebenden Interessen. Den Geist der Zeit würde der verkennen, der nicht zögert, daß auch der Arbeiterstand berechtigt sei, seine Interessen zu vertreten. Zu diesem Ende wünsche er im Auftrage des Oberpräsidenten den Arbeiten des Kongresses einen geeigneten Fortgang. Stadtrat Peterson ließ die Tagung im Namen des Oberbürgermeisters und der Stadt Breslau willkommen heißen. Er sprach die Hoffnung aus, daß der Kongress den Anlaß gebe zu der Ausbreitung der Bewegung im Osten. Der Bezirkspräsident der katholischen Arbeitervereine, Kuratus Hoffmann, verließ der Freude Ausdruck, an dem Kongresse teilnehmen zu können. Auch er sprach den Wunsch aus, daß die Bestrebungen getragen werden vom dem Geiste der Liebe und daß die Beratungen zum Frieden und Wohl der Arbeiter wie auch der Gesamtheit gereichen mögen. Im Namen der evangelischen Männer- und Jünglingsvereine hob Konjunkturalinspektor Voigt die Berührungspunkte, die den Männer- und Jünglingsvereinen und den christlichen Gewerkschaften gemeinsam seien, hervor. Arbeitersekretär Krug aus Braunschweig begrüßte die christlichen Gewerkschaften im Namen der evangelischen Arbeiter im Osten. Im Auftrage der schlesischen Gruppe der christlichen Arbeitervereine begrüßte Konjunkturalinspektor Voigt die Versammlung, indem er sich dem Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften, dem Wunsch Ausdruck verleihe, daß die Bewegung eine recht innige sein möge.

Allen diesen Rednern sprach der erste Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Schiffer in Düsseldorf, den Dank des Verbandes aus. Der Verband erblicke in dem regen Anteil der Behörden eine Anerkennung seiner Bestrebungen. Mehr-

fach sei der Ausdruck gefallen, daß das Ziel der sozialen Frieden sein müsse. Die christlichen Gewerkschaften erlebten diesen sozialen Frieden mit Mühen und Opfern in den verschiedensten Richtungen. Es müsse aber der edle soziale Frieden sein, ein Frieden, der den sozialen Anforderungen gerecht werde. Sie, die christlichen Gewerkschaften, glaubten auch Anspruch auf die Unterstützung der Behörden zu haben; denn ihre Arbeiten dienten dem Wohle des Volkes, dem Wohle des Staates. Daß die Arbeiter noch vielfach unter Verhältnissen litten, die der Verbesserung bedürftig, dürfte nicht verkannt werden. Evangelische und katholische Arbeiter müßten sich die Hände reichen. Der Redner schloß mit einem dringlichen Hoch auf den Kaiser, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Die daran sich anschließende Feiertage hielt Gewerkschaftssekretär Bergmann-München. Der Idealismus, das christliche, das nationale Bewußtsein, die Vaterlandsliebe seien die Pfeiler, auf deren Grundlage die christliche Arbeiterbewegung einmal liegen werde, und wenn es auch Jahrzehnte dauern solle. Es sei die Frage, ob die Sozialdemokraten mit ihrem Phantom die Bewegung zusammenhalten könnten. Die christliche Weltanschauung habe sich schon in einer 2000-jährigen Geschichte bewährt. Sie habe ihnen die Grundlage geschaffen, auf denen sie sich die Gleichberechtigung eringen könnten. Es sei tatsächlich eine Kulturarbeit, die die christliche Arbeiterbewegung leisten müsse. Sie erstrebe eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, aber bei den materiellen Bestrebungen würden die idealen Bestrebungen nicht vernachlässigt. Seiner standen noch tausend und aber tausend christlicher Arbeiter der christlichen Gewerkschaftsbewegung ablehnend gegenüber. Zudem er betonte, daß die christlichen Arbeiter unter dem Banner der christlichen Gewerkschaftsbewegung siegen würden, ließ er seine Rede in ein Hoch auf diese Bewegung ausklingen, das einen lauten Widerhall fand.

Der nächste Redner war Gewerkschaftssekretär Spa Lowski-Wien. Die Oesterreicher hätten sich jetzt den deutschen Brüdern angegeschlossen. Vor vier Jahren hätten sie Gelegenheiten gehabt, mit den Führern der christlichen Arbeiterbewegung in Deutschland zusammenzukommen. Zusammen mit diesen streben sie nach Gerechtigkeit. Gemeinsam wollten sie dieses Ziel erreichen. „Treu unserem Vaterland, treu unserem Glauben.“

In vorgerückter Stunde ergriff Professor Sommer das Wort. Er hob hervor, daß die christlichen Gewerkschaften das Produkt der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung seien. Nach vor 5 oder 6 Jahren habe man noch nicht, und er am wenigsten, daran gedacht, daß die christlichen Gewerkschaften die Bedeutung erlangen würden, welche sie heute besäßen. Er müsse zwar als Soziologe die Zersplitterung in der Arbeiterfrage bedauern. Es sei diese Zersplitterung aber nicht die Schuld der christlichen Gewerkschaften. Weil die freien Gewerkschaften revolutionäre Tendenzen in die Gewerkschaftsbewegung hineintragen hätten, deshalb müßten die christlichen und nationalen Arbeiter sich absondern und ihre eigenen Wege gehen.

In der Schlussansprache betonte der Sekretär des Ortsstellens Berlin der christlichen Gewerkschaften, Langer, daß Schlesien in der christlichen Arbeiterbewegung im Osten die Stelle einnehmen müsse, die das Rheinland im Westen einnehme.

Zum Kampf der Sozialdemokratie gegen die christlichen Gewerkschaften.

Daß die christlichen Gewerkschaften vernichtet werden müssen, erge das Endziel der Sozialdemokratie und mit ihr verbündeten „freien“ Gewerkschaften erreicht ist, darüber besteht kein Zweifel mehr. Nur über das „Wie“ gehen die Meinungen noch auseinander.

Die ersten Anfangserfolge der christlichen Gewerkschaften verwarf man auf sozialistischer Seite zu ignorieren. Sozialdemokratische Gewerkschaftsführer wollten voraussetzen, daß die „Christlichen“ bald in den sozialdemokratischen Gewerkschaften aufgehen würden, denn sie könnten doch auf die Dauer ihrer Konkurrenz nicht bestehen. Als die christlichen Gewerkschaften sich bereits eine achtunggebietende Stellung durch die Zahl ihrer Mitglieder, ihrer Klaffen und gewerkschaftlichen Fortschritte erworben hatten, griff die sozialdemokratische Taktik zur Verteufelung, Ablenkung und Hintertreibung dieser Erfolge. Erst in letzter Zeit hat die Angst vor den „Christlichen“ die Taktik des offenen Kampfes bis aufs Messer geschickt. Diese Taktik enthält eine Anerkennung der Stärke, Macht und Zukunft der christlichen Gewerkschaften, denn wenn sie den sozialdemokratischen Organisationen nicht gefährlich werden könnten, wenn sie naturgemäß in ihnen aufgehen müßten, dann brauchte es logischerweise keinen rücksichtslosen Krieg bis aufs Messer.

Nach in diesem Frühjahr hatte Genosse Seje in Nr. 31 der „Neuen Zeit“ dieser Kampftaktik das Wort geredet. (Siehe den Artikel „Die freien Gewerkschaften am Scheidewege“ in Nr. 19 und 20 d. T.-Arb.-Ztg.) Oeger ihn wendet sich jetzt in Nr. 41 der gleichen Zeitschrift aus prägnanten und tatsächlichen Erwägungen ein Redakteur der „Meinigen Zeitung“, Meerfeld. Er stimmt zwar der Ansicht zu, daß von sozialdemokratischer Seite die christlichen Gewerkschaften unterjocht worden sind, ist aber im übrigen für die Taktik des Fortwärtens mit

dem Feind. Seje sagt: „Mit Organisationen, deren Existenzberechtigung man nicht anerkennt, deren treibende Motive stark reaktionär sind, schließt man keine Bündnisse.“ Demgegenüber erklärt Meerfeld: „Wenn wir das verallgemeinern wollten, würden wir uns recht oft die Köpfe einrennen und sehr oft unsere eigenen Gewerkschaften weit mehr schädigen als die christlichen. Seje scheint als Warnung vorauszusetzen, daß die freien Gewerkschaften die stärkeren, die christlichen die schwächeren sind, mindestens aber die freien die gleiche Stärke wie die christlichen haben. Aber es gibt viele Gegenden und zahlreiche Orte, wo die Dinge umgekehrt liegen: Die Christlichen bilden die Mehrzahl, die freigeorganierten sind in der Minderzahl. Dieses Verhältnis besteht in den meisten Kleinstädten Rheinland-Westfalens, in einer Anzahl von Mittelstädten und selbst in Großstädten. Wollten sie hier aber den Heiseischen Rat befolgen und ein Zusammengehen mit den Christlichen grundsätzlich ablehnen, so würden sie bald bei den Arbeitern um jeden Kredit kommen und in völlige Bedeutungslosigkeit herabsinken.“

Die Macht der christlichen Gewerkschaften also zwingt die freien Gewerkschaften zur Rücksichtnahme. Das Verständnis der sozialdemokratischen Ohnmacht da, wo die Christlichen in der Ueberzahl oder doch in stärkeren Gruppen vertreten sind, beweist, daß die sogenannten nationalen Gegner der christlichen Gewerkschaften mit deren Schwächung nur die Macht der Sozialdemokraten stärken.

„Die Christlichen grundsätzlich zurückzustoßen, das wäre nicht nur unter Umständen sehr schädlich für die freien Gewerkschaften, wir würden obendrein die vielgepriesene Missionstaktik der Sozialdemokratie völlig verkümmern“, argumentiert Meerfeld weiter und fragt: „Ja, sind wir denn glücklich soweit gekommen, daß wir uns gegen Klaffenossen, die nicht eines Sinnes mit uns sind, ängstlich absperren müssen?“ Er freilich! Wie hat denn der „Vorwärts“ die Genossen Braun kürzlich behandelt, als sie mit „bürgerlichen“ Kollegen zusammen nach England fuhr? Wie ist denn Bebel mit dem holländischen Genossen Koth umgekommen, als dieser mit sozialdemokratischen Vorkämpfern zusammenarbeiten wollte? Wo lassen denn die Vorführer der sogenannten freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie das Zusammenarbeiten mit den anderwärtsigen Klaffenossen auf, wenn sie dieselben unter Hohn und Spott auf der Arbeitsselle um Arbeit und Brot bringen, bloß weil sie anders geartet sind? Die Sozialdemokratie ist es gerade, welche die sozialistischen Arbeiter gegen nichtsozialdemokratische Arbeiter und gegen die Bourgeoisie mit engherziger Abgeschlossenheit absperrt. Meerfeld hat ganz recht, wenn er eine solche Abspernung „eine pyramidale Rumpfschicht“ und einen „Hohn auf die fleißigste Kraft unserer (der sozialdemokratischen) Ideen“ nennt. Wie übrigens Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften anfangs als eine Sache ausgelegt zu werden, zeigt Meerfeld in einem weiteren Argument:

„Man darf auch niemals außer acht lassen, daß große Arbeitermassen für eine tiefere Auffassung der wirtschaftlichen Gegensätze und eine kritische Prüfung der sozialen Wesen noch nicht reif sind. Selbst die Sozialdemokratie gewinnt die Mehrzahl ihrer Anhänger vorerst nicht wegen ihrer großen Ziele, sondern wegen ihrer dem Arbeiterintresse dienenden Tagespolitik. In wieviel größerem Maße aber gilt nun von den Gewerkschaften, daß ihnen die Arbeiter aus diesen Mittelmäßigkeiten zuströmen! Und istern diese Arbeiter nicht schon vorher mit der Sozialdemokratie sympathisiert haben, werden sie von derjenigen Gewerkschaftsrichtung gewonnen, die zuerst auf dem Markte ist. Fallen sie aber den Christlichen in die Hände, so sind sie schwer zurückzugewinnen, weil sie der Mäxus mit seinen zahlreichen Bestrebungsrichtungen festzuhalten weiß. In katholischen Gegenden stehen so zahlreiche Häufnisse der Christlichen zur Verfügung, daß ihre Ausbreitung nicht wundernehmen darf. Das Zentrum hat es unter der Führung des Volksvereins für das katholische Deutschland in glänzender Weise verstanden, den christlichen Gewerkschaften die manchmal recht holperigen Wege zu ebnen. Es hat den Widerstand der Mehrzahl der protestantischen Bischöfe zu überwinden gesucht, es hat — mit Ausnahme der Diözese Trier, eines Teiles von Schlesien und einiger verstreuter Teile in Mitteldeutschland — den niederen Mäxus zu den christlichen Gewerkschaften bekehrt, und es hat sogar zahlreiche Unternehmungen mit der Errichtung dieser Organisationen auszuweisen verstanden.“

Die hierauf folgende Reaktion sei auch, wie Meerfeld meint, in der Hauptsache daran Schuld, daß die Christlichen in Rheinland-Westfalen so stark geworden seien, neben dem Umstand, daß die freigeorganierten Gewerkschaften und sozialdemokratische Bewegung in große Teile beider Provinzen noch nicht tief genug eingedrungen sei. „Söin“, sagt er, „ist eine durchweg katholische Stadt, und wenn dennoch die christlichen Gewerkschaften in Söin nur etwa ein Viertel der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften aufweisen können, so vornehmlich aus dem Grunde, weil diese Stadt schon eine verhältnismäßig starke Arbeiterbewegung hatte, als die Christlichen erst auftauchten.“

„Wo das anders war, müßten die wirtschaftlichen Verhältnisse der Verbreitung sozialdemokratischer Ideen noch so günstig sein: die Christlichen breiteten sich rasch aus und erschwerten damit ungenau den sozialdemokratischen wie auch den freigeorganierten Fortschritt. Im Rheinland ist es außerdem die weitere Sorglosigkeit der Bevölkerung,

untermischt mit einer, wenn auch durchweg oberflächlichen, so doch durch die Tradition befestigten Frömmigkeit, die der Erziehung zum Klassenbewußtsein hindernd im Wege steht; im westfälischen Industriegebiet wirken vor allem die immer zahlreichen aus kulturell zurückgebliebenen und fremdsprachigen Gebieten zuwandernden Arbeiter als Hemmschuh, dann aber noch mancherlei andere Dinge, wie beispielsweise der Umstand, daß die Arbeit der Bergleute dem religiösen Gefühl förderlich ist. Man spricht mit Vorliebe vom industriellen Rheinland und bedenkt nicht, daß in Wirklichkeit die Industrie nur verhältnismäßig kleinen Teilen dieser Provinz ihren Charakter aufdrückt. Es ist ohne weiteres klar, daß in den nichtindustriellen Gebieten (von wenigen Stellen mit vorwiegend protestantischer Bevölkerung abgesehen) das Zentrum fest im Sattel sitzt.“

Logisch folgert daraus die sozialdemokratische Taktik: Zuvörderst Kampf gegen das Zentrum und gegen die religiöse Gesinnung. Unlogisch aber ist nach diesen Voraussetzungen die Ansicht Meerfelds, die sich in seinen Schlussworten ausdrückt: „Ich beobachte die christliche Gewerkschaftsbewegung von ihren ersten Anfängen an im Jahre 1894; ich habe schon damals behauptet, daß sie im Zentrum den Klassenkampf entzweien und letzten Endes der allgemeinen Arbeiterbewegung zugute kommen werde. Wenn dieser Schluß einen Fehler hatte, so vielleicht nur den, daß die Früchte nicht ganz so schnell reifen, wie ich und wahrscheinlich noch mancher andere angenommen hatten. Von der christlichen Gewerkschaftsbewegung habe ich auch heute noch die feste Ueberzeugung, daß sie zwar die Reinheit des Klassenkampfes trüben wird, vielleicht viele Jahre lang, daß sie aber dennoch letzten Endes in der allgemeinen Arbeiterbewegung aufgeht wird. Nur bin ich der Ansicht geworden, daß sich diese Entwicklung etwas langsamer vollzieht, als vielfach angenommen worden ist.“

Nach abermals zwölf Jahren wird Hr. Meerfeld wohl gestehen, daß er auch im Jahre 1906 noch zu optimistisch dachte. Solange die sogenannten freien Gewerkschaften sich nicht aus der Umfassung der Sozialdemokratie lösen können, solange freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie faktisch eins sind, solange muß es eine christliche, nationale Arbeiterbewegung geben. Diese auf zwei verschiedene Weltanschauungen begründete Trennung bleibt bestehen, ob nun die Sozialdemokratie die Taktik offenen Kampfes oder taugenpächter Fremdschaft wählt.

Wer schwindelt?

Durch den größten Teil des sozialdemokratischen Blätterwaldes geht nach Veröffentlichung der Statistik über die christlichen Gewerkschaften ein Kesseltreiben, um die Bedeutung derselben möglichst zu verkleinern. Das war vorauszusehen. Von seiten unserer Mitglieder sind uns mehrere derartige Machwerke mit bezeichnenden Ausdrücken zugegangen. Wohl den Reden in solchen schwindelhaften Leistungen erreicht die sozialdemokratische „Dortm. Arb.-Ztg.“ Eine Reihe bloßer Unempfinden der christlichen Gewerkschaft wird dort den gläubigen Lesern aufgeschickt. Insbesondere unseres Verbandes glaubte dieses Blatt herauszureden zu können, daß die Mitgliederzahl unseres Verbandes für den Jahresberichtsjahr 1905 nur 16948 Mitglieder beträgt, wogegen die Statistik die Zahl auf 24735 angibt. Um dieses Resultat zu finden, wird die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes in 15,60 geteilt, also für jedes Mitglied einem wöchentlichen Beitrag von 90 Pfg. Nach dieser Berechnung beträgt allerdings die Mitgliederzahl 16948 und somit glaubt die Arb.-Ztg. feststellen zu können, daß wir nicht nur die Mitglieder, sondern auch die Dessenlichkeit beschwindelten.

Man sieht, die Arb.-Ztg. verzieht es meisterhaft, aus Zahlen Schlüsse zu ziehen und dann der Welt zu zeigen, wie seitens unseres Verbandes des Schwindel betrieben wird.

Nein, verehrte Dortmundener, der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands entfaltet seine Tätigkeit nicht auf die Veranschlagung solcher Tatsachen, dieses läßt er denen übrig, die sich auf derartige Sachen empfinden haben.

Wenn nun die Dortmundener Arbeiterzeitung glaubt, aus der Gesamtmitgliederzahl der christlichen Textilarbeiterverbandes im Jahre 1905 die Mitgliederzahl herausrechnen zu können und das Ergebnis dann triumphierend den nach reiner Wahrheit dienenden Genossen in Sperndruck vorzuführen, dann wird es auch einem Mitglied des christlichen Textilarbeiterverbandes wohl vergönnt sein, auf die angeführten Zahlen und die Rechnungsweise etwas näher einzugehen.

Mit der unschuldigsten Niene wird in erster Linie der Wochenbeitrag der Mitglieder einfach auf 30 Pfg. angegeben. Ob derselbe in Wirklichkeit zutrifft, das zu unteruchen, scheint man für höchst überflüssig zu halten. Oder wurde derselbe nur zu dem Zwecke angenommen, um bezüglich der Ausrechnung nicht zu viel kostbare Zeit zu verlieren, ganz einerlei, ob das Resultat zutrifft oder nicht? Einjeder dieses geht allerdings auf dem Standpunkte, daß derjenige, welcher an die Dessenlichkeit tritt, peinlichst zu unteruchen hat, ob dasjenige, was der Dessenlichkeit übergeben werden soll, auch in allen Teilen auf Wahrheit beruht.

Im dieser Untersuchung hat es bei der Abfassung des Artikels gründlich gefehlt. Die wöchentlichen Beiträge unseres Verbandes liegen zur Zeit auf

lich der Pflege der wirklichen Arbeiterinteressen.

Eine Aufgabenstellung.

Jeder geschickte Gewerkschaftler weiß, daß zur erfolgreichen Durchführung eines Streiks weit mehr gehört, als die Berechtigung der gestellten Forderungen.

Aus dem kürzlich beendeten Streit der mitteldeutschen Braunkohlenbergleute zieht die sozialdemokratische Bergarbeiterzeitung in ihrer Nr. 28 vom 30. Juni eine Aufgabenstellung, welche deutlich zeigt, daß praktische Gewerkschaftsarbeit auch den Kampferfahrenen „Genossen“ für durchaus notwendige Erwägungen empfänglich macht.

Die Bergarbeiterzeitung schreibt u. a.: Für das Gelingen eines Streiks sind folgende Bedingungen nötig: Erstens eine starke Organisation, zweitens viel Geld, drittens Disziplin.

Zuerst eine gute Organisation. Wer nicht jact, voll auch nicht ernten. So selbstverständlich dieser Grundsatz ist, so wenig hat er vor kämpfenden Kameraden beherrscht.

Die sicherste Gewähr — heißt es da — für die Erhaltung des Friedens bildet die stete Kriegsberetigkeit. Und kommt dieser Krieg, dann finden wir gewöhnlich auch die Werkstoffhersteller, und zwar nicht erst seit gestern, und sie lassen auch keinen Kampf hinter sich, ohne nachzudenken, was sie etwa verjümt hätten.

Es ist auch nötig, auszusprechen, daß bei Streiks die Gelder nur solchen Kameraden zufließen, die für den Kampf vorgezigt haben.

Es ist auch nötig, auszusprechen, daß bei Streiks die Gelder nur solchen Kameraden zufließen, die für den Kampf vorgezigt haben.

Winnen. Hieraus ergibt sich die zwingende Notwendigkeit eines harmonischen Zusammenarbeitens, einer gegenseitigen Unterstützung.

Ein gemeinsamer Faktor, der gewissermaßen Vorbereitung zur Durchführung der vielen und großen Aufgaben ist, welcher der christlichen Arbeiterbewegung gestellt ist, steht zweifellos an erster Stelle: die Förderung der Geisteshaltung.

So sehen wir die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine friedlich nebeneinander arbeiten. Es wäre wünschenswert, wenn Mitglieder der einen, auch direkt bei anderen Korporation angehört.

In den sozialen Beziehungen, die in keinem Unternehmen fehlen sollten, kann ebenfalls eine Annäherung unter den Vertretern der verschiedenen Korporationen herbeigeführt werden.

Die Vorschriften werden jedoch bei aller Mühe nicht die gewünschten Erfolge erzielen, wenn die Kleinarbeit verjümt wird.

Ein nicht minder wichtiger Faktor ist die Presse. Das Organ, die „Deutsche Arbeiterzeitung“, ist stets Förderin der christlichen Gewerkschaften.

Und von beiden Seiten in diesem Sinne gearbeitet, dann werden die bisherigen Klagen verjümt, und an deren Stelle ein frisch pulserndes, harmonisches Arbeiten zum Wohle der christlichen Arbeiterbewegung treten.

Konfessionelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften bilden den Kern unserer christlichen Arbeiterbewegung.

Im Kampf gegen drei Fronten im Saarrevier.

Das Saarrevier zählt zu den wichtigsten Industriezentren Deutschlands. Deshalb wurde das angränzende Saarland reichlich mit Kohle und dem ihr eigenverarbeiteten wichtigen Rohmaterialien versehen.

Das Saarrevier zählt zu den wichtigsten Industriezentren Deutschlands. Deshalb wurde das angränzende Saarland reichlich mit Kohle und dem ihr eigenverarbeiteten wichtigen Rohmaterialien versehen.

„Saarrevier“ einer etwas „freierlichere Luft“.

Nachdem Hilger kalt gestellt war, setzte der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter im dortigen Revier mit der Agitation ein — erfolglose Verjümt wurden schon früher gemacht — mit dem Ergebnis, daß sich ihm im Verlaufe von zwei Jahren 14000 Bergarbeiter anschlossen.

Was diesem Auswuchs seine besondere Bedeutung gab, war, daß derselbe auf einen für die Gewerkschaftsbewegung jugendlichen, aber äußerst schwierigen Boden sich abspielte, unvorbereitet ausbrach und gegen ein feststehendes Kleeblatt zu führen war, nämlich: Dem allgewaltigen Saarabiotismus, der Sozialdemokratie und den katholischen Fachabteilungen.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband behauptete, auf der Burbacher Hütte über eine größere Mitgliederzahl zu verfügen. Bei dem Ausbruch wurde von diesen nichts zu merken.

Als mit dieser Agitation begonnen wurde, war es das dortige sozialdemokratische Blatt, die „Saarwacht“, die wiederholt von „zwei Drogen“ die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes sprach und damit der Betriebsleitung, insbesondere aber Herrn Dr. Tille das Rückgrat leitete und den Abiotismus zum Niederringen der Arbeiter ermunterte.

Als mit christlicher Agitation begonnen wurde, war es das dortige sozialdemokratische Blatt, die „Saarwacht“, die wiederholt von „zwei Drogen“ die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes sprach.

Deutsch kann man keinen Kerger kaum Ausbruch geben. Man wolle — ohne Mitglieder — bei dem Kampf mitwirken und dem christlichen Metallarbeiterverband die Suppe gründlich verjümt. Doch es konnte noch besser.

Die wichtigste Rolle zu spielen blieb den katholischen Fachabteilungen vorbehalten. Als die Keller hoch klangen und auch die Getreuen der „Berliner“ und „Königsberger“ zu werden zeigten, zogen die Arbeiterbetriebläre Kerger und Kerger anher, um Brandreden gegen die Schädlichkeit der Streiks zu halten.

„Zeit dem Herbst 1904 bildete sich auf der Hütte eine Fachabteilung der katholischen Arbeitervereine, die es im Frühling 1906 bis zu kleineren Anreizungen brachte.

20, 25, 30 und 5 Bfg., und zwar bestehen diese seit dem 1. Juli 1905. Fürs erste Halbjahr 1905 wurden 20, 15, 10 und 5 Bfg. wöchentlich erhoben.

Dann möchte ich ferner die Frage stellen, wenn der Beitrag für sämtliche Mitglieder in Wirklichkeit pro Jahr 15,60 M. betragen hätte, wäre es dann möglich, nach der Rechnungswiese der Dortmunder Arbeiterzeitung die Mitgliederzahl festzustellen?

Hätte die Dortmunder Arbeiterzeitung dieses alles objektiv beurteilt und in Betracht gezogen, dann glaube ich, daß der Artikel nicht das Licht der Welt erblickt hätte.

Zugleich möchte die Dortmunder Arbeiterzeitung auch die freien Gewerkschaften im Falle ein mit denselben Maße messen, wie dieselbe unsern Verband gemessen hat und dann die Vergleiche anstellen.

In derselben Sache schreibt ein Kollege: „Es ist nichts so banal, es findet doch sein Substrat“, so dachte wohl die „Dortmunder Arbeiterzeitung“, als sie ihren gläubigen „Genossen“ in ihrer Nr. 163 2. Blatt folgende Notiz ausführte:

Der christliche Gewerkschaftsverband kommt jetzt nach deren Zahlenangaben immer deutlicher zum Vorschein. Der Textilarbeiterverband der M. Gladbacher Richtung gibt für 1905 seinen Mitgliederbestand auf 24.735 Personen an, bei einer Einnahme an Gesamtjahresbeiträgen von 261.340 Mark.

So die Dortmunder Arbeiterzeitung. Unsere Mitglieder, mehr aber noch unsere Erzeugnisse, werden über diese Zusammenstellung lassen. Alle Mitglieder, ob männlich oder weiblich, ob Heimarbeiter oder Insalide, ob krank oder arbeitslos, alle müßten nach der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ volle 52 Wochen 30 Bfg. zahlen, um als wirkliche Mitglieder zu gelten.

Der Sozialist der Dortmunder Arbeiterzeitung, nicht nur, sondern auch behauptet, daß die Betriebe der Textilindustrie der M. Gladbacher Richtung, die die Arbeiterzeitung nicht übersehen wird, um die christlichen Gewerkschaften zu unterstützen.

Christliche Gewerkschaften und konfessionelle Arbeitervereine.

In diesem Bereiche wiederholten aber noch immer die christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereine, die die Arbeiterzeitung nicht übersehen wird, um die christlichen Gewerkschaften zu unterstützen.

lassen, wenn die einzelnen Anordnungen diesem oder jenem Streikenden nicht befehlen. Welcher Aufwand an Disziplin und Kameradschaftlichkeit ist nicht vor dem Streik nötig, mehr noch, wenn der Kampf beginnt. Aber auch nach dem Streik dürfen diese Eigenschaften nicht über Bord geworfen werden."

Diese Ausführungen der "Bergarbeiter-Zeitung" stehen vorteilhaft ab von dem Pharisaischwall, mit dem die "freien" Gewerkschaften und mehr noch die sozialdemokratische Presse die Arbeiter nur zu oft in den Kampf führen.

Die sozialdemokratische Vorherrschaft, "Arbeiterzeitung" und das freie Versammlungsrecht.

Man liest kaum eine sozialdemokratische Zeitung, die nicht einen Sozialdemokraten über das zweierlei Recht im heutigen Staat bringt. Nicht zum wenigsten wird dabei auf die unterschiedliche Handhabung des Versammlungsrechts seitens der Polizei hingewiesen.

Wir sind nun gewiß die letzten, die zweierlei Recht billigen, im Gegenteil, wir führen fortgesetzt einen heftigen Kampf für gleiches Recht für alle. Am allerwenigsten aber sind die Sozialdemokraten berechtigt, über Rechtsbeugung im heutigen Staat zu jähern, sind sie es doch, die tagtäglich ihre Macht mißbrauchen, das freie Selbstbestimmungsrecht Andersdenkender illusorisch zu machen. Das traurige Kapitel des sozialdemokratischen Gewerkschaftsterrorismus bildet sprechende Beweise dafür. Ebenio ihre Bemühungen, da, wo es ihnen eben möglich ist, die nichtsozialdemokratischen Versammlungen zu sprengen oder sie ihren Zwecken dienlich zu machen. Haben sie z. B. einmal in gegnerischen Versammlungen die Majorität, dann verlangen sie stürmisch Büreauwahl und veranlassen die Majorität der Versammlung die Wahl der Büreauwahl zu verweigern. Im ersten Fall gilt das Recht der Majorität, im zweiten Falle nicht.

Diese zweifache Rechtsauffassung wird von der sozialdemokratischen Vorherrschaft, "Arbeiterzeitung" aufs lebhafteste verteidigt. Beweis: Am Montag, den 9. April fand in Offen-Mittelscheid eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Materialversammlungs statt zu dem "üblichen" Zweck, den christlichen Arbeiterverband zu reben zu lassen. Die in der Versammlung stark vertretenen christlichen Arbeiter forderten, wie die sozialdemokratische Vorherrschaft, "Arbeiterzeitung" in ihrer Nr. 86 vom 11. April 1906 mitteilte, Büreauwahl. Die "Genossen" verweigerten sie, weil "nach Lage der Sache eine Büreauwahl nicht angebracht erschien", wie die "Arbeiterzeitung" sagt.

Die "Genossen" beschuldigen, die christlichen Arbeiter hätten bei der Wahl das Bureau an sich reißen, dochhalb wurde das von ihnen immer betontes Recht der Majorität aufgehoben. Ein anderer Fall: Am Sonntag, den 1. Juli d. J. fand in Auen i. W. eine von christlichen Arbeitern einberufene Versammlung statt, in der Fräulein Köppers aus H. Gladbach, eine Textilarbeiterin und Arbeitersekretärin Hartwig aus Hagen i. W. reden sollten. Die "Genossen" waren unter Führung des Nebaktuars der Vorherrschaft, "Arbeiterzeitung", des "Genossen" Einus Schöhe, der auch zur Geschäftsordnung sprach, in großer Zahl erschienen. Die Christlichen verjagten in dieser Versammlung, zu berichten dieselbe Vorherrschaft, "Arbeiterzeitung" in Nr. 151 vom 2. Juli d. J. einen "unerhörten Gewaltstreik", den schlimmsten Terrorismus der Versammlungsmajorität gegenüber, die mit Recht Büreauwahl forderte. Diese wollte man nicht zulassen und mit Recht machten unsere Genossen geltend, daß die Christen in unruhmreichen Versammlungen solche stets bekommen. ... Immer jammeren die Christen über sozialdemokratischen Terrorismus, selbst verjagten sie sogar eine große Versammlungsmajorität zu tyrannisieren. Natürlich geht's bei den Christen Brach wegen der konstanten Tatsache. Unsere Genossen setzen sich die christlichen Anwesenheiten natürlich nicht bieten und forderten bei jedem Versuch der Christen, zum Reden zu kommen, Büreauwahl. Die Christen waren auch nicht "untätig", und so gab es oftmals einen Heidenkrieg. Jeder Versuch des "christlichen" Arbeitersekretärs Hartwig aus Hagen, zum Reden zu kommen, scheiterte an dem festen Vorhaben der Majorität, sich nicht breikieren zu lassen. Schließlich wurde die Versammlung verjagt, um verfallenen Polizeigewalt zu holen. Als ein junger Kommisar erschien, wollte man dann sofort der Referentin — einem Fräulein Köppers aus W. Gladbach — das Wort erteilen. Wieder wurde Büreauwahl verlangt. Kreidelaß stand die Dame oben, ohne ein Wort hervorzubringen. Auf neue Versuche Hartwig, der Majorität Wortes zu lehren. Vergeblich! Der Widerstand wurde schließlich so heftig, daß der Kommisar die Versammlung aufhören. ... Unter Hochrufen auf die freie Arbeiterbewegung ging die Versammlung auseinander. Unsere Genossen taten recht, sich nicht ohne Büreauwahl abzusprechen zu lassen.

Als in Auen "unerhörter Gewaltstreik", schlimmer Terrorismus", Verletzung des Majoritätsrechts, weil "Genossen" in Frage kommen. ... In der Rutenstreich Versammlung dagegen war das Verweigern der Büreauwahl seitens der "Genossen" kein Gewaltstreik an der Majorität der Christlichen. Und trotzdem behauptet die "Arbeiterzeitung", in ihren (sozialdemokratischen) Versammlungen gebe es stets Büreauwahl! Hiermit offenbart das Genossenblatt einmal recht anschaulich seine Verlogenheit. — Das Fräulein Köppers im Angefichte der wie heulende Demoskrihen tanzenden und brüllenden Genossen blaß wurde, ist schon möglich. Welche anspruchsvollen Arbeiterin sollte das nicht werden?! So abgeknüpft sind christliche Arbeiterinnen nicht, daß sie einem solch widerlichen Treiben mit Vergnügen zuschauen.

Anerkennung

findet die deutsche Arbeiterversicherung, welche von der Sozialdemokratie gewöhnlich als Beilettuppe bezeichnet wird, durch den Sozialdemokraten Paul Kämpfmeier. Derselbe schreibt in den "Sozialistischen Monatsheften":

"Die deutsche Arbeiterversicherung hat fast in der gleichen Richtung wie eine Arbeiter-Versicherungsgesellschaft, sie erhielt, resp. sie kräftigte den physischen und intellektuellen Zustand der Arbeitermassen. Stiefel

man sich vor, daß von 1885 bis 1900 1 729 044 894 Mk. von den deutschen Krankenkassen für die Krankenfürsorge verausgabt wurden, so erhält man einen kleinen Begriff von den immerhin nicht unbeträchtlichen Leistungen, die zur Wiederherstellung der Gesundheit der deutschen Arbeiter angewendet werden.

Von dieser Summe brachte das deutsche Unternehmertum ein Drittel auf. Weit über eine halbe Milliarden floß also nicht aus der Tasche der Arbeiterschaft zu dieser für Krankheitskosten verausgabten Summe. Es ist ferner sicher, daß, wenn die erkrankten Arbeiter die Kosten für 733 Millionen Krankentage selbst aus ihren eigenen Geldbeuteln gezahlt hätten, ohne jede Hilfe der öffentlich rechtlichen Institute der Krankenkassen, sie vielleicht die doppelte Summe für diesen Posten hätten zusammentragen müssen. Derartig hohe Aufwendungen dürften die Arbeiterfamilien ökonomisch völlig erschöpfen haben. Man darf wohl ohne Uebertreibung sagen: die Aufbringung von rund zwei bis drei Milliarden für die Gesundheit der Volksklassen aus den Taschen der einzelnen Proletarier ist eine bare Unmöglichkeit. Ohne die deutschen Krankenkassen wären aber Hunderttausende deutscher Arbeiter aus Mangel an Unterstützung fechtzeitig zugrunde gegangen. Man vergegenwärtige sich ferner, wie ungeheuer die deutsche Arbeiterschaft ökonomisch belastet worden wäre, wenn sie seit dem Bestehen der Unfallversicherung für 927 813 Verunglückte die Unfallkosten aus eigenen Mitteln hätte aufbringen müssen. Bei dem Stande der deutschen Volkswirtschaft wäre die deutsche Arbeiterschaft bei Verlesungen in den meisten Fällen leer ausgegangen. Wohl oder übel hätten Tausende von Proletariatsfamilien die verunglückten früheren Familienangehörigen nun selbst durchzubringen müssen. In diesem Falle wären sie mit Millionen belastet worden. Die Berufsgenossenschaften verausgaben seit Bestehen der Unfallversicherungen über 550 Millionen Mark für Verunglückte. Die deutsche Arbeiterversicherung bedeutet eine tatsächliche ökonomische Besserstellung der Arbeiterschaft um anderthalb Milliarden Mark. Die Aufwendungen zur Gesundheit der Arbeiter sind eine tatsächliche Besserstellung der Arbeiterkassen haben sicher auf die Verminderung der Sterbefälle eingewirkt. Diese Aufwendungen kamen ja gerade der schicksalgefallensten Klasse zugute, die ersahrend durch die Lungenentzündung bezimert wird. Die Sterbefälle an Schwindkräften sind seit 1897 beträchtlich herabgesunken. Es starben von 1000 Lebenden 1892 241 an Tuberkulose, 1897 dagegen 217. Seit 1885 ging die Sterblichkeit im allgemeinen von 27,5 auf je 1000 Einwohner auf 21,8 im Jahre 1898 herab."

Für diese offene Anerkennung wird Herr Kämpfmeier von den Parteigrößen sicher kein Lob ernten.

Von den Aktiengesellschaften in der Textilindustrie.

Kollnauer Baumwollspinnerei und Weberei, Kollnau, Baden.

Die Bilanz für 1905 weist einen Jahresgewinn von 364 479 Mk. aus. Für "Aufwendungen" werden 119 479 Mk. bestimmt, 245 000 Mk. gelangen als 15% (10%) Dividende zur Verteilung und restliche 35 000 Mk. werden vorgelassen.

Weddburger Wollindustrie, Akt.-Ges., Weddurg.

Die Generalversammlung des Unternehmens, das bekanntlich im vorigen Jahre durch Fälschungen und Hinterziehungen des früheren Generaldirektors Silberberg stark geschädigt worden war, hat die auf eine Zusammenlegung der 3 Mill. Aktien im Verhältnisse von 3 zu 2 gehenden Sanierungsanträge abgelehnt. Ein Aktionär, der als Rechnungsrat für den diesjährigen Abschluß tätig gewesen war, machte nach der "Rhein. Zig." gegen den Antrag geltend, daß er es für wünschenswert halte, noch ein Jahr zu warten. Der Fehlbetrag von rund 300 000 Mk. sei nicht hinreichend, um die große Zusammenlegung zu realisieren. Es sei vielmehr möglich, den Fehlbetrag im laufenden Jahre aus dem Betriebe zu decken, jedoch nichts damit verjagt werde, wenn sich die Verwaltung noch ein Jahr mit ihrem Antrag gedulde. Der Vorstand vertrat dagegen den Standpunkt, daß eigentlich eine noch stärkere Zusammenlegung am Platze sei, da das Werk vor größeren Neuanschaffungen stehe und dementsprechende Abschreibungen zu machen habe. Ohne die Abschreibungen sei auf eine Reihe von Jahren an eine Dividendenverteilung überhaupt nicht zu denken. Es sei unumgänglich notwendig, in allen Betrieben die Maschinen, die nicht mehr leistungsfähig seien, durch neue zu ersetzen. Die hierzu erforderlichen Mittel von 240 000 bis 250 000 Mk. seien vorhanden. Sei der Annahme der beantragten Zusammenlegung glaube die Verwaltung eine Gewandlung des Unternehmens in sichere Aussicht stellen zu dürfen. Das Grundstücks- und Gebäudekonto stehe viel zu hoch zu Buch. Es liege die Schätzung eines Sachverständigen vor, die genau auf die Hälfte des jetzigen Sachwertes gekommen sei. Die hohen Buchwerte für Gebäude seien ein Vermächtnis des früheren Generaldirektors Silberberg, worunter die Gesellschaft heute noch leiden müsse. Trotz dieser Argumente fand der Sanierungsantrag die erforderliche Dreiviertelmehrheit nicht. Damit ergibt sich, wie die "R. Z." bemerkt, immerhalb weniger Tage zum zweiten Male die Entscheidung, daß die von der Majorität der Verwaltung zweier Gesellschaften, also von den verantwortlichen Zuständen, als notwendig erklärten Restrukturierungen von den betreffenden Generalversammlungen über den Haufen geworfen werden. Bei der Weddurger Gesellschaft würde, selbst wenn es gelänge, die Unterbilanz aus dem laufenden Betrieb zu tilgen, immer noch die Ueberwertung der Immobilien und damit eine ungesunde Basis für die Bilanz bleiben, ganz abgesehen davon, daß für eine mit einer Unterbilanz belastete Gesellschaft das rationale Arbeiten immer schwieriger ist, als für eine gesunde dahinsiehende.

Lehnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten.

Barmen.

Der Streit bei der rheinischen Wollstoffweberei vorwärts Dahl und Hummel in Unterbarren dauert unverändert fort. Verhandlungen wurden angebahnt, verliefen aber resultatlos. Der Prüfungsausschuss des bergischen Arbeitgeberverbandes lud am 18. Juni die Lohnkommission der arbeitslosen Arbeiter zu einer Sitzung ein. Der Prüfungsausschuss hielt

die Forderung der Arbeiter, 25-prozentige Vohnerhöhung beim Wusternmachen für unberechtigt. Eine Einigung kam nicht zustande, weil die Firma kein Entgegenkommen zeigte und die Arbeiter auf ihrer Forderung beharrten. Es ist noch besonders zu bemerken, daß zu dieser Sitzung die Vertreter der Gewerkschaften der Textilarbeiter mit anwesend sein durften. Arbeitswillige sind bisher nicht zu verzeichnen.

Lambrecht.

Die Weber und Weberinnen sind hier am streiken. Die Ursache hierzu ist folgende: Im Dezember vorigen Jahres reichten die hiesigen Textilarbeiter an die Fabrikanten die Forderung für Einführung von Schufahren und einer 10% Vohnerhöhung ein. Ersterer Punkt wurde zugestanden, hinsichtlich der Vohnerhöhung legten damals die Fabrikanten den Arbeitern einen neuen Tarif vor. Obwohl dieser sofort als nicht genügend von den Arbeitern bezeichnet wurde, nahm man von ersteren Schritten Abstand, weil die Fabrikanten ihren Tarif uns mit der ausdrücklichsten Bestimmung offerierten, wenn wir dabei nicht an einen guten Lohn kämen, sie dann den Tarif entsprechend erhöhen würden. Auf diese Probe sind wir eingegangen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß nicht allein keine allgemeine Vohnerhöhung, wie wir sie gewünscht, herausgekommen ist, sondern aus verschiedenen Artikel noch eine Lohnminderung. Angefichts dieser Erfahrung sahen sich die Weber veranlaßt, einen neuen, aus ihren Erfahrungen ausgearbeiteten Lohnsatz den Fabrikanten zu unterbreiten. Dieses wurde dahin beantwortet, daß man uns einen neuen, aber wiederum ganz unzulänglichen Tarif vorlegte. Verhandlungen über unsere Differenzen waren ohne Erfolg. Aus diesem Grunde legten nach Ablauf ihrer Kündigung die Weber ihre Arbeit nieder. Sehr lobenswert müssen hier die Bemühungen des Herrn Regierungsrates H. Junckers aus Reustadt a. d. H. anerkannt werden, welcher sich als unparteiischer Leiter der Verhandlungen die denkbar größte Mühe gegeben hatte, um eine Einigung zu erzielen, aber auch ohne Erfolg. Die Arbeiterschaft ist zu 99% organisiert und von der Berechtigung ihrer Forderungen durchdrungen. Somit sind die Aussichten auf Erfolg sehr gute. Jüngere Kollegen haben schon, um unsere Bewegung zu erleichtern, den Ort verlassen. Bezug muß strengstens ferngehalten werden.

Osnaabrück.

Bei der "Osnaabrücker Flachspinnerei" wurde vor kurzem seitens unseres Verbandes eine Lehnbewegung eingeleitet, die jetzt zum Abschluß gekommen ist. Wenn auch nicht alle Wünsche der Arbeiterschaft befriedigt worden sind, so ist doch der Abschluß für die Arbeiterschaft nicht ohne Vorteil ausgefallen. Erreicht wurden im Durchschnitt 4-6 Prozent Vohnerhöhung, Aufhängen von Lohnzettel, Vergütten des Wartens auf Material, 14tägige Freitagsohnzahlung, warentgetliche Lieferung von Düngemittel und Soda und Anerkennung eines von der Arbeiterschaft gewählten Ausschusses.

Bei der ersten Verhandlung der Kommission war für die Sommermonate fast keine Vohnerhöhung zugiebt, doch wurde bei der zweiten Verhandlung auch für diese einen Zugeständnisse erzielt. Jede Verkürzung der Arbeitszeit wurde bei der ersten Verhandlung abgelehnt. Der Direktor erklärte jedoch bei der zweiten Verhandlung, daß es nicht in seiner Macht liege, die Arbeitszeit zu verkürzen, er wolle jedoch beim Aufsatstrate für eine Frühstücks- und Beserpause einretieren.

Vor allem ist der Erfolg dem ruhigen und sachlichen Verhalten der Arbeiterschaft während der Lehnbewegung zu verdanken. Mit schroffen Vorgehen wäre hier wohl wenig erzielt worden, da die Firma nur sehr geringe Uebereinstimmungen erzielt. Von den Arbeitern gehören etwa 80 Mitglieder dem christlichen und 5-6 dem sozialdemokratischen Verbands an. Auch bei der Firma F. H. Hammerstein ist die Lehnbewegung im März d. J. eingeleitet worden, die jetzt vorläufig als beendet anzusehen ist. Leider ist der Abschluß dieser Bewegung durch das unglückliche Vorgehen der "Freien" nicht so ausgefallen wie man nach der ersten Verhandlung mit der Firma hätte annehmen können. Die Bewilligungen sind ja schon früher in unserem Organ bekannt gegeben. Derselben genügt damals auch den "Freien", denn diese erklärten sich damals mit den Zugeständnissen einverstanden. Auch hier wurde die Unternehmung eines Arbeiterauschusses zugestagt. Ferner hat die Firma, man möge es doch in den Versammlungen nicht so heruntertreiben. Sie wäre ja bereit zu verhandeln und auch den Arbeitern entgegenzukommen. Den "Freien" paßte dieser ruhige Verlauf jedoch nicht und sie hielten ohne den christlichen Verband eine öffentliche Versammlung ab, in der der Arbeitersekretär Wedder ganz gründlich über die Firma schloz. Auch eine Sache, über der sich die Weber selbst noch nicht klar waren, wurde damals in der Versammlung gründlich gegen die Firma ausgespielt. Die Folge war, daß die Firma die Aussperrung androhte und den Arbeiterschußzug rückgängig machte. Eine Resolution der Arbeiterschaft hierauf ließ die Firma unbeantwortet.

Später drohte man auch noch gegen die beauftragte Kommission vorzugehen. Eine Anfrage, ob die Firma bereit sei nochmals mit der Kommission zu verhandeln, wurde dahin beantwortet, daß sie jetzt der öffentlichen Versammlung keine Kommission mehr als bestehend anerkenne. In einer Fabrikbesprechung hierauf wurde geltend gemacht, daß von einem weiteren Vorgehen in diesem Jahre wegen der vorgezogenen Zeit abzusehen sei. So schloß die Bewegung, die Anfangs die beste Aussicht hatte, ohne einen Arbeiterauschuß und ohne Aussicht auf spätere friedliche Verhandlungen. Die Schuld trägt allein der sozialdemokratische Textilarbeiterverband, die Klassenlampferischen Gehreden, die alle Fabrikversammlungen ausfüllten und die öffentliche Versammlung vom 21. April haben es verurteilt, daß auch jetzt die Firma denselben Standpunkt gegen die Arbeiterschaft hervortreibt. Die Arbeiterschaft kann an dem Verhalten der "Freien" am besten sehen, in welchem Verbands die Interessen der Arbeiter am vorteilhaftesten nahenkommen werden. Beteiligt waren in diesem Falle etwa 75 Mitglieder unseres Verbandes, von den "Freien" 500-600.

Ronsdorf.

Die im vorigen Jahre zwischen den hiesigen Unternehmern und den Arbeiterorganisationen vereinbarten Löhne sind bisher von der Firma: P. W. Frommes Eberfeld, welche hier in Ronsdorf ebenfalls Wollstoffe webt, noch nicht anerkannt worden. Die Arbeiter dieser Firma sagen sich, da alle Versuche, die Angelegenheit auf friedlichem Wege

zu regeln, scheiterten, gezwungen, die Kündigung einzuzureichen. Bezug ist streng fernzuhalten. Bemerkten wollen wir noch, daß die Firma auch einige Stühle bei Hanne, Parisstraße, stehen hat.

Aus dem Verbandsgebiete.

Wiesbaden. Die monatliche Mittgliederversammlung unserer Ortsgruppe wies einen recht bescheidenen Besuch auf. Obwohl die Zahl der organisierten Kollegen noch eine geringe ist, so herrscht doch ein rechter Gewerkschaftsgeist unter denselben. Die Diskussion bezüglich der zur Tagesordnung stehenden Punkte, Delegiertenwahl und bezüglicher Gewerkschaftssekretariat, war lebhaft und wurde der Vorsitzende beauftragt, in der nächsten Versammlung das Resultat der Wahl mitzuteilen. Den Kollegen empfehlen wir, die Versammlungen immer so zu besuchen wie die letzte, geleitet von dem Gedanken: "Worte erinnern, Beispiele ziehen an". Das wirkt besonders auf diejenigen, die etwas faunig sind.

Wocholt. Vom nächsten gewerkschaftlichen Geiste war unsere letzte, überaus zahlreich besuchte Versammlung befeelt. Kollege Schmitz, welcher die Versammlung leitete, gab die Tagesordnung bekannt und erteilte zum ersten Punkt der Tagesordnung, die "Aachener Zeitung", dem Kollegen Eisenich aus Aachen das Wort. Im ersten Teile seines Vortrages behandelte derselbe die Vorgänge, die sich um die Einführung des Zweifelhafthens in Aachen drehten. Die ganze Arbeiterschaft war geschloffen gegen die Einführung dieses Doppelschußsystems, während die Fabrikanten im Interesse ihrer Konkurrenzfähigkeit darauf dringen zu müssen glaubten. Die Frage wurde Jahre lang hin und her vertickt, bis im April d. J. das in Aachen bestehende Schiedsgericht für das Textilgewerbe eine Vereinbarung zustande brachte, die den Arbeitern stierlich weitgehende Zugeständnisse machte. Mit diesen Bestimmungen waren dann auch die Führer des christlichen Textilarbeiterverbandes zufrieden und erkannten sie an, während der soz. Verband entgegen seinen sonstigen Standpunkt in Lehningen und anderen Orten gegen das Erungene hegte, soviel er konnte. Im zweiten Teile seiner Rede besprach dann Herr Eisenich die Umstände, die zu der eigentlichen Aussperrung führten. Eine lokale Vohnerhöhung der Firma F. u. H. Meyer, die an sich berechtiget gewesen sei, wurde zu einer allgemeinen Streikfrage aus, als sie auch durch das allgemeine Schiedsgericht entschieden werden sollte, was die Arbeiter nicht anerkennen wollten. Sie kündigten daher und legten die Arbeit nieder. Dem Vorstand des christlichen Textilarbeiterverbandes gelang es, von den Fabrikanten die Zustimmung zu erhalten, daß eine entsprechende Regelung der Sache erfolgen werde, sobald die Arbeiter wieder die Arbeit aufgenommen hätten. Unter sozialdemokratischer Führung weigerten sich diese jedoch zur Arbeit zu gehen. Es kam daher die Androhung der Generalaussperrung für Aachen, die auch tatsächlich perfekt wurde, indem die meist christlich organisierten Arbeiter der Firma, entgegen dem Beschlusse des Zentralverbandes des christlichen Verbands, auf ihrer Arbeitsweigerung beharrten. Allein sozialdemokratische Verhörung besonders durch Genosse Feinbach brachte dieses traurige Resultat zuwege. Der Zentralverband des christlichen Verbandes sah sich daher genötigt, alle zum Verband Gehörigen, die dem Beschlusse nicht nachgekommen waren, aus dem Verband auszuscheiden. Später mußten dann die Arbeiter der Firma Meyer unter viel unangenehmen Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen, als es ihnen vorher durch Vermittlung des Zentralverbandes des christlichen Textilarbeiterverbandes möglich gewesen wäre. Alles das war nur der Erfolg sozialdemokratischer Verhörung. Keiner zeichnete denn auch ausdrücklich die unwarhen Mittel, mit denen die Genossen und namentlich Genosse Feinbach gearbeitet. Der deutsche Textilarbeiterverband betreibt eben hoh Scherz: positive Erungenenheiten wie der christliche Verband, vermöge er nicht aufzuweisen. Zum Schluß seiner Ausführungen ermahnte der Redner eindringlich zur Disziplin, da nur mit ihr Gutes erreicht werden könne. Neben dem zweiten Punkt der Tagesordnung, Anstellung eines Lokalbeamten für Wocholt, wurde dem Kollegen Dierck das Wort erteilt. Derselbe behauptete sich in eingehender Weise über die Notwendigkeit eines Lokalbeamten für Wocholt und ersuchte die Mitglieder, das keine Opfer eines Extrabetrages nicht zu scheuen und dadurch den einmal gefassten Plan nicht scheitern zu lassen. Redner wies auf die gegnerischen Organisationen hin, wie diese bestrebt sind, noch immer mehr Lokalbeamten freizustellen, um dadurch die Agitation intensiver zu gestalten. Dieses müßte auch den christlichen Organisationen ein Vorbild sein, bedeutend mehr wie bisher das Augenmerk auf die Anstellung von Lokalbeamten zu richten. In der nun folgenden Diskussion schloffen sich in beider Meinung alle sechs Redner an, außer eines einzigen, der den Vorbehalt machte, daß der Lokalbeamte auch die Kassenführung übernehmen sollte. Auch Kollege Eisenich trat energisch für die Anstellung eines Lokalbeamten ein mit dem Hinweis auf die Opferwilligkeit der Gegner. Kollege Verzag korrigierte die Ansicht, als ob mit dem Lokalbeamten eine Entlastung seiner Person beabsichtigt sei. Derselbe konnte hoh dem Ortsgruppenvorstand zugute. Er selbst dürfte sich eigentlich gar nicht soweit mit den internen Sachen Wocholts befassen. Der Vorstand sei aber tatsächlich mit Arbeit überhäuft. Inwiefern der Lokalbeamte Kassengeschäfte übernehmen werde, stehe noch nicht fest, empfehlen solle er nur in der Agitation tätig sein. Bezüglich der finanziellen Unterlage glaube man mit 20 Mk. pro Quartal und Mitglied auszukommen. Die Personenfrage komme vorerst nicht in Betracht. Der Ortsgruppenvorstand werde die Stelle nach Beschleunigung ausschreiben und die Bewerber der Zentrale in Vorschlag bringen, die dann der Beamten bestimmen. In der nun folgenden Abstimmung wurde einstimmig die Anstellung eines Lokalbeamten für Wocholt beschlossen und für jedes Mitglied pro Vierteljahr ein Extrabetrag von 20 Mk. festgesetzt. Der Vorsitzende dankte den Anwesenden für die einstimmig gefassten Beschlüsse und schloß darauf die Versammlung.

Eupen. Am Sonntag, den 15. Juli war der große Tag, an dem die Kirch-Dunder der Aachener Stadt von den Fläßen schiedeten, um ihre Weisheit auf Land zu tragen. Der tapfere Herr Hartmann hatte einige seiner Getreuen herübergehandelt, welche sich in der Restauration Nf. Schmid etablerten und den Kirch-Dunderlichen Gewerksverein als den billigen Jakob festboten. Eine Versammlung anzubereiten scheint den Herren etwas zu riskant gewesen zu sein, da man auch hier in Eupen von den Festentaten der Kirch-Dunder gehört hat und aus gewissen Gründen eine freie Aussprache wohl nicht erwünscht erschien. Im Laufe der Woche wurden die hiesigen Betriebe mit einem Flugblatt bedacht, worin zum Eintritt in die Kirch-Dunderischen Gewerksvereine eingeladen wurde. Auch wurde in der "Eupener Bürgerzeitung" des Herrn Rosenstein eine Anzeige inoffiziell und von der Redaktion im allgemeinen Teile herabgehoben. Wir können kaum annehmen, daß Herr Rosenstein die Tendenzen dieses Verbandes nicht bekannt geworden sind. Gaben sich doch die Kirch-Dunderlichen in den letzten Jahren immer mehr als die Schleppenträger der sozialdemokratischen Gewerkschaften erwiesen und denselben unzählige Male Handlangerdienste gegen die christlichen Gewerkschaften geleistet. Die Agitatoren der Kirch-Dunder, darunter der Webmeister einer Aachener Firma, sollen denn auch am Sonntag ein miserables Gesichts bei den hiesigen Arbeitern gemacht haben, wenigstens sollen sie mit einer Miene, die an den betrübten Loggheber, den die Felle fortgezogen sind, erinnerte, die gute Stadt Eupen verlassen haben. Die Eupener Arbeiter lassen sich nur einmal nicht vom ersten Besten breitschlagen, besonders dann nicht, wenn dieses in einer Wirtshaus und hinter dem Bieriische geschähen soll. Wir sprechen den Herren vom Kirch-Dunderischen Gewerksverein unser herzlichstes Beweid aus.

Auch von unserm Lokalverbandes ist wieder ein Lebenszeichen in die Öffentlichkeit gedrungen und zwar

